

Zürcher Gemeindepräsidenten feierten 100-Jahr-Jubiläum

Der Gemeindepräsidentenverband des Kantons Zürich ist 100 Jahre alt. Der Verband, dem alle 171 Zürcher Gemeinden angeschlossen sind, feierte das Jubiläum Mitte September mit einem Festakt in Uster. Der Zürcher Gemeindepräsidentenverband hat sich in seiner langen Geschichte immer wieder gegenüber dem Kanton für die Interessen der Gemeinden eingesetzt.

Verbandspräsident Hanspeter Hulliger, Gemeindepräsident von Bäretswil, sagte in seiner Ansprache, die Vernehmlassungen zu neuen Gesetzen zögen sich wie ein roter Faden durch die 100-jährige Geschichte des Verbandes. «Das Mitdenken, Mitreden und mitunter auch Mitkämpfen des Verbandes hat es immer wieder ermöglicht, sachgerechte Lösungen zu finden, sich schlechten Entwicklungen erfolgreich entgegenzustellen und wegweisende Entscheide für die Zukunft zu finden.» Hulliger stellte fest, die Arbeit des Gemeindepräsidentenverbandes (GPK) sei immer von einem stillen, aber intensiven Schaffen im Hintergrund geprägt gewesen. Der GPV pflege eine Politik des direkten Kontakts mit der Kantonsregierung, mit den leitenden Angestellten der kantonalen Verwaltung und mit den kantonsrätlichen Kommissionen.

Es werde für den Verband aber auch in Zukunft viel zu tun geben, so Hulliger. In keiner anderen Institution sei der Staat den Menschen so nahe wie in der Gemeinde. Bürgernähe und Service Public seien die Motoren des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Sie ermöglichen es, die Staatsorganisation kostengünstig zu halten und trotzdem das Fachwissen am richtigen Ort zur Verfügung zu haben. «Nähe ist eine Voraussetzung, um das Milizsystem unserer Staatsorganisation zu erhalten», be-



Es sei viel erreicht worden und es gebe noch viel zu tun, sagte Hanspeter Hulliger, Präsident des Gemeindepräsidentenverbandes des Kantons Zürich, an der 100-Jahr-Feier auf dem Schloss Uster. (Bilder: Thomas Hulliger)

tonte Hulliger. Er forderte, der Abbau des Föderalismus müsse gestoppt werden: «Das Subsidiaritätsprinzip muss hochgehalten und die durch die Gemeindepräsidenten stark geförderte und geforderte Gemeindeverträglichkeit nicht nur in der neuen Bundes- und neuen Kantonsverfassung, sondern auch in den Köpfen und Herzen der Politiker und der Verwaltungen durch unser Engagement genährt werden. Wir sind gefordert, den Anliegen der Gemeinden auf Bundes- und Kantons-ebene zum Durchbruch zu verhelfe.»

Kritische Töne aus der Kantonsregierung

Die Gemeinde sei der Ort, wo die Schweizerinnen und Schweizer die Demokratie einübten, sagte die Zürcher Regierungspräsidentin Regine Aeppli. Es sei jetzt aber an der Zeit, dass Gemeinden und Kanton miteinander die vertrauten Strukturen grundsätzlich überdenken. «Die Individualität ist auch auf kommunaler Ebene etwas Schönes,

und der Wettbewerb zwischen Nachbargemeinden um potente Steuerzahler kann durchaus belebend wirken. Doch mitunter zeigen sich in diesem Konkurrenzkampf auch die Schattenseiten. Der Wettbewerb kann zerstörerische Kräfte auslösen», betonte Aeppli. Die relative Selbstständigkeit der Gemeinden bei der Nutzungsplanung bewirkt beispielsweise eine irreversible Zersiedelung der Landschaft. Und die komplexen Konstruktionen zum Ausgleich der Disparitäten beim Steuerfuss und beim Finanzausgleich führten zuweilen zum Gegenteil dessen, was ursprünglich die Idee gewesen sei.

Die kritischen Töne der Kantonsvertreterin wollten nicht bei allen Gemeindevertretern zur Feststimmung passen. Die heutigen Gemeindestrukturen, so Aeppli weiter, seien im Grunde auch personell nicht mehr tragbar. Man müsse sich fragen, wie lange es noch Bürgerinnen und Bürger gebe, die bereit seien, in der Freizeit statt Tennis oder Golf zu spielen oder gemütlich ins Kino

Gemeinden im Kanton Zürich

171 Gemeinden bilden die föderalistische Basis im Kanton Zürich. Die Vielfalt unter den Gemeinden ist sehr gross; das Spektrum reicht von Zürich als grössten Schweizer Stadt bis zur Gemeinde Volken mit knapp 300 Einwohnern. Neben Zürich und Winterthur gibt es 23 Städte mit über 10 000 Einwohnern. 146 Gemeinden haben weniger als 10 000 Einwohner.

zu gehen, trockene Knochenarbeit zu leisten. Aeppli bemerkte, die rund 2600 Gemeinden in der Schweiz hätten sich zur besseren und wirtschaftlicheren Erfüllung der Aufgaben in rund 23 000 Zweckverbänden zusammengeschlossen. Im Kanton Zürich seien die Gemeinden in je fünf bis neun Zweckverbänden organisiert. Immerhin gab die Regierungsrätin zu, dass das Bild auf Kantonsstufe ähnlich ist: Die 26 Kantone hätten sich in nicht weniger als 750 Konkordaten «fit gemacht».

Gelegentlich, so Aeppli ihrer kritischen Linie treu bleibend, stelle sich die Frage, ob der autonome Nachvollzug auf die Länge nicht eher zum automatischen Nachvollzug werde. Die demokratische Souveränität gehe verloren, wenn immer mehr Aufgaben eines Zusammenschlusses in einem grösseren Ganzen bedürften. «Wäre es nicht an der Zeit, sich in grösseren politischen Einheiten zu organisieren, statt neuen Verbänden beizutreten? In Einheiten, in denen die demokratischen Mitwirkungsrechte auch in Fragen von grösserer Tragweite gesichert wären?»

Meinungsbildung in der Gemeinde

Die Gemeinde sei der Lebensmittelpunkt der Menschen, sagte Kantonsratspräsidentin Esther Hildebrand. Dank ihrer Übersichtlichkeit erleichtere sie die Meinungsbildung. Die Menschen könnten in der Gemeinde bei Fragen, die sie unmittelbar berührten, mitwirken. «Gemeinden gelten darum als die Urzellen der Demokratie», stellte Hildebrand fest. Auch sie nutzte den Anlass für kriti-



Kritische Überlegungen zur Zukunft und zur Struktur der Gemeinden prägten die Ansprache von Regierungspräsidentin Regine Aeppli.

sche Aussagen zur Gemeindestruktur; man müsse sich fragen, ob die Gemeinde wirklich noch der Lebensmittelpunkt der Menschen darstelle. Heute sei es doch viel eher so, dass man in einer Gemeinde schlafe, in der anderen arbeite, in einer dritten einkaufe und in der vierten die Freizeit verbringe. «Das Üble an der Sache ist, dass wir politisch in der Gemeinde tätig werden, in der wir schlafen!» Zu hinterfragen sei auch die Beteiligung der Bürger; man könne kaum noch von Beteiligung sprechen, wenn wie im Kanton Zürich im Schnitt noch drei Prozent der Stimmberechtigten die Gemeindeversammlung be-

suchten. Man müsse sich ernsthaft überlegen, wie die Strukturen und Prozesse den heutigen Verhältnissen angepasst werden könnten. Allerdings sei es schon ein Wert an sich, dass die Menschen die Möglichkeit hätten, sich am politischen Geschehen zu beteiligen. Die Kantone könnte ja mit dem guten Beispiel vorangehen und ihre Strukturen anpassen, meinte ein ob der Kritik von Kantonsseite nicht sehr begeisterter Gemeindepräsident unter den Besuchern.

Steff Schneider

Gemeindepräsidentenverband des Kantons Zürich

Der Gemeindepräsidentenverband des Kantons Zürich (GPV) hat zu seinem 100-jährigen Bestehen eine kleine Jubiläumsschrift herausgegeben, die das Wirken des Verbandes nachzeichnet. Darin ist nachzulesen, dass am 11. September 1909 in Uster 33 Stadt- und Gemeindepräsidenten den GPV gegründet haben. Bereits nach wenigen Jahren waren alle Zürcher Städte und Gemeinden Mitglied. Und sie sind es bis heute geblieben. Bereits im ersten Jahr galt es zu drei für die Gemeinden wichtigen Gesetzen – einem neuen Gemeindegesetz, einem neuen Steuergesetz und einem neuen Baugesetz – Stellung zu nehmen. Allerdings, so ist in der Schrift nachzulesen, boten die Zürcher Gemeinden um die vorletzte Jahrhundertwende ein sehr heterogenes Bild: «Vitalen Gemeinden, die vor Kraft strotzten, stehen arme Dörfer gegenüber, die nur mit grösster Not überleben konnten. Kraftvoll sind jene Gemeinden, die auf ihrem Territorium Fabriken der noch immer blühenden Seidenindustrie oder der aufstrebenden Maschinenindustrie haben. Zu kämpfen haben viele kleine Bauerndörfer, denen die letzten Reste der einst bedeutsamen Heimindustrie abhanden gekommen sind.»

Während seiner ganzen Geschichte hat den GPV ein Thema begleitet: das der Gemeindefusionen. Bis in die 1920er-Jahre, so ist nachzulesen, hat er Massnahmen befürwortet, die Gemeindezusammenschlüsse, die Bildung von Einheitsgemeinden und den Aufbau von Zweckverbänden erleichtern. Erzwungene Strukturbereinigung hat er dagegen stets abgelehnt. Als der Kantonsrat in den Zwischenkriegsjahren per Dekret die Zivilgemeinden aufzuheben wollte, wehrte sich der GPV vehement und erfolgreich. Erst mit der neuen Kantonsverfassung von 2006 wurde das definitive Ende der Zürcher Zivilgemeinden eingeläutet. Ende 2009 müssen sie alle aufgehoben sein. Noch pointierter trat der GPV 1977 gegen von oben verordnete Strukturbereinigungen auf, als der Kanton einen organisatorischen Neubau zur Diskussion stellte und Einheitsgemeinden, Gemeindeverschmelzungen und die Stärkung der Regionen vorschlug. An dieser Grundhaltung hat sich bis heute nichts geändert. 2008 stellte die Regierung Leitsätze für eine Gebietsreform vor – über den Finanzausgleich sollen die kleinen Gemeinden sanft gezwungen werden, mit Nachbarn zu fusionieren. Der GPV wehrte sich nicht grundsätzlich gegen Gemeindefusionen, will aber verhindern, dass kleine Gemeinden gezwungen werden können.